



BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Informationsblätter

Jemen-Konflikt

„Wir stehen vor der größten humanitären Krise seit der Gründung der Vereinten Nationen“. So beschrieb Stephen O`Brien, der Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen (UN), bereits Anfang 2017 die Lage im Jemen. Dieses Infoblatt versucht einen groben Überblick über die politische und humanitäre Situation sowie die jüngere Geschichte des Wüstenstaates zu geben. Da sich die dortige Lage als sehr komplex und vielschichtig darstellt, erhebt der Text keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Geschichte des Konflikts

Bis zum Jahr 1990 gab es, wie in Deutschland, keinen einheitlichen jemenitischen Staat. Das heutige Territorium teilte sich in die Länder Nord- und Südjemen. Vor der Vereinigung am 22. Mai 1990 waren Nord- und Südjemen politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlich geprägt. Der Nordjemen stand unter dem politischen Einfluss Saudi-Arabiens und war marktwirtschaftlich ausgerichtet, wohingegen der Süden sozialistisch geprägt war und von der damaligen Sowjetunion, der DDR und Kuba politisch, militärisch und wirtschaftlich unterstützt wurde. Durch den Niedergang der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre näherten sich die beiden jemenitischen Staaten schrittweise an und vereinigten sich schließlich 1990. Allerdings war die Vereinigung nicht mit einer Beruhigung der politischen Lage verbunden. Vor allem von der „Südlichen Bewegung“ gingen, aus einem Gefühl der Unterdrückung durch den Norden heraus, immer wieder Unabhängigkeitsbestrebungen und Forderungen nach mehr Mitspracherecht der südlichen Bevölkerung aus.

Die jetzige Konfliktsituation im Jemen hat ihren Ursprung in religiösen Spannungen aus der Zeit vor der Vereinigung 1990. Der Norden war geprägt von mehrheitlich sunnitischen Stammesgruppen. Um seine Macht zu erhalten, marginalisierte Ex-Präsident Ali Abdallah Salih die schiitische Strömung der Zaydiyya, die mit dem alten Herrschaftssystem verbunden war. Im Zuge dessen ließ er Saudi-Arabien den Wahabismus als sunnitisch-islamische Strömung im Nordjemen als Gegenspieler zur Zaydiyya fördern. Im aktuellen Konflikt spielen die schiitischen Huthi-Rebellen eine wichtige Rolle. Sie formierten sich ursprünglich als Reaktion auf die Stigmatisierung der Zaydiyya im Nordjemen. Die Rolle des Irans ist umstritten – während Saudi-Arabien und seine Verbündeten die Huthi als bewaffneten Arm des Irans ansehen, meinen unabhängige Beobachter*innen, dass die (vorhandene) Unterstützung sehr begrenzt und keineswegs strategisch ausgerichtet ist.

Im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 kam es zu Protesten gegen den damaligen Präsidenten Salih, der schon vor 1990 die politische Macht im Nordjemen inne hatte und nach der Vereinigung den neu entstandenen Einheitsstaat regierte. Als Ergebnis der Proteste trat Salih 2012 unter der Zusicherung von Immunität durch eine saudisch-geführte Koalition (SGK) zurück. Nachfolger wurde sein ehemaliger Stellvertreter Abed Rabbo Mansur Hadi. Eine eingesetzte sogenannte „Dialogkonferenz“ sollte unter Einbeziehung aller politischer Akteure eine neue Verfassung ausarbeiten und eine Strategie zur friedlichen Konfliktlösung erarbeiten, welche letztlich zur Demokratisierung des Jemen führen sollte. Dieser Übergangsprozess scheiterte im Endeffekt an der Frage der zukünftigen Machtverteilung, da Ex-Präsident Salih auch nach dem Rücktritt seine Machtansprüche nicht zurückstellte. Die SGK ist eine Vereinigung hauptsächlich sunnitischer Staaten, die die jemenitische Regierung politisch und militärisch unterstützen.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>

Unsere Projektseiten:
www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung

Eingreifen Saudi-Arabiens

Diese vom Westen unterstützte und saudisch geführte Militärallianz mit der jemenitischen Regierung unter Präsident Hadi auf der einen Seite und Ex-Präsident Salih mit den verbündeten und



Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54611/jemen>

vom Iran unterstützten nordjemenitischen Huthi-Rebellen auf der anderen Seite stellen die Hauptkonfliktparteien im Jemen dar. Bereits ab Mitte 2014 destabilisierte sich die innenpolitische Lage zunehmend. Im Kern dreht sich der Konflikt um machtpolitische Hegemonieansprüche sowohl der schiitischen Huthi-Rebellen, welche immer weiter Richtung Süden vorrücken und 2014 die Hauptstadt Sanaa eingenommen haben, als auch der international anerkannten Hadi-Regierung. Den Huthis wird von Seiten des sunnitischen Saudi-Arabiens Nähe zum schiitischen Iran vorgeworfen. Aufgrund dessen wird der Konflikt in der öffentlichen Berichterstattung oftmals als ein inner-islamischer, religiös und geopolitisch motivierter Stellvertreterkrieg dargestellt. Die Hadi-Regierung trat 2015 zurück, ist allerdings weiterhin international anerkannt. Nachdem die Huthi-Rebellen die Hauptstadt Sanaa eingenommen hatten, floh Hadi in die südjemenitische Stadt Aden. Ex-Präsident Salih wurde Medienberichten zufolge im Dezember 2017 von Huthi-Rebellen getötet, nachdem er das Bündnis mit den Aufständischen aufgekündigt hatte. Seitdem haben im Norden die Huthis die Alleinherrschaft übernommen. Im Süden regiert ein Übergangsrat; die international anerkannte Regierung steht nur auf dem Papier.

Saudi-Arabien griff im März 2015 militärisch in den Jemen-Konflikt ein. Am 26. März 2015 begann Saudi-Arabien, mit einigen Mitgliedstaaten des Goldkooperationsrates und weiteren Ländern und mit logistischer Unterstützung durch Frankreich, die USA und Großbritannien eine Boden- und Luftoffensive mit dem Ziel, die Huthis aus der Hauptstadt zu vertreiben und die Regierung von Hadi wieder einzusetzen. Auch Deutschland unterstützte die Intervention in Jemen allein 2017 mit Rüstungsgütern im Wert von 1,3 Milliarden Euro; seither wurden die Exporte allerdings drastisch eingeschränkt. Der Jemen wurde mit einer umfangreichen See- und Luftblockade isoliert. Bodentruppen der arabischen Koalition gelang es, unter massivem Bombardement die Hafenstadt Aden und einige Gebiete zurückzuerobern, so dass die Exilregierung in die Stadt zurückkehren konnte. Die Hauptstadt Sanaa und weite Teile Nordjemens blieben bis heute jedoch in der Hand der Rebellen.

In den letzten Jahren wurde Saudi-Arabiens Einfluss geschwächt. Durch einen Anschlag auf saudische Ölraffinerien im September 2019 wurde ihnen ihre Verwundbarkeit bewusst. Saudi-Arabien wechselte seine Strategie und führte zunehmend Mediationsgespräche, die bis zur Abfassung des Riad-Abkommen im November 2019 führten.

Neben den genannten Konfliktparteien sind noch weitere Akteure im Jemen aktiv und versuchen ihren Einfluss zu vergrößern. Die radikal-islamischen Terrororganisationen Al-Qaida und der sogenannte Islamische Staat bekämpfen beide die Huthi-Rebellen. Sie profitieren von der Zerstörung staatlicher Strukturen und kontrollieren Teile des Jemens. Al-Qaida gelang es bereits, weite Teile des Südens unter seine Kontrolle zu bringen. Der sogenannte IS kontrolliert dagegen vergleichsweise kleine Gebiete. Die USA bekämpfen beide vor allem durch den Einsatz von Drohnen im Rahmen des sog. „Kriegs gegen den Terror“.

Zuletzt stieg durch einen Raketenangriff von Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel im März 2020 die Angst, dass sich deren Einfluss weiter ausbreitet. Auch flammten Anfang 2020 erneut

Kampfhandlungen der Huthis im Nordosten des Landes auf, bei denen sie wieder massive Landgewinne verzeichnen konnten.

Die UNO versuchte mit Friedenskonsultationen im Dezember 2018 die Konflikte zu beenden, jedoch hatte dies keinen Erfolg. Zwar wurde in Stockholm auf großen internationalen Druck hin ein Abkommen unterzeichnet. Dies zeigte aber nur auf, dass ein partielles Abkommen nicht funktionieren kann.

Das Riad-Abkommen

Im November 2019 unterzeichneten die international anerkannte Regierung des Jemen (IRG) und der Südübergangsrat (STC) das Riad-Abkommen. Ziel war es, die bewaffneten Konflikte zu beenden, die ausbrachen, nachdem die STC die IRG temporär aus der Hauptstadt Aden verbannte. Im Jahr 2019 nahm die Kontrolle der Huthi im nördlichen Jemen zu. Vermehrt wurden von hier Raketen gegen Saudi-Arabien abgefeuert. Durch den Verlust des Sitzes der IRG in Aden war die Legitimität des IRG sowie die Koalition mit Saudi-Arabien bedroht. Nach dem Ausbruch dieses erneuten Konfliktes war es Saudi-Arabien, welches die Mediation leitete. Durch das Abkommen wird die Militärpräsenz nun auch formell von den Vereinigten Arabischen Emiraten auf Saudi-Arabien übertragen. Zudem überwacht Saudi-Arabien die Implementierung des Abkommens.

Durch das Abkommen soll eine neue Regierung in Aden gegründet werden, mit gleich vielen südlichen und nördlichen Ministern. Das Militär beider Seiten soll zurückgezogen werden. Zudem sollen alle finanziellen Ressourcen in der Zentralbank in Aden verwaltet werden. Dieses Vorhaben ist jedoch erschwert. Zum einem konnten einige Gouvernements (Bezirke) die Kontrolle über Öl-Exporte erwirken konnten, und ein gemeinsamer Haushalt bedeutet, diese zu teilen. Zum anderen haben Separatisten in der Vergangenheit verhindert, dass sich die Regierung in Aden treffen kann.

Es dauerte noch ein Jahr, bis Dezember 2020, bis Jemens Präsident Abed Rabbu Mansour Hadi die Zusammenstellung eines neuen Kabinetts bekannt gab. Von der internationalen Gemeinschaft wurde dies als positive Entwicklung und wichtiger Durchbruch im Jemen Konflikt wahrgenommen. Durch die neue Regierung hat der STC politische Anerkennung erhalten. Zudem bietet es ihm die Möglichkeit, an Friedensgesprächen mit der Regierung und den Huthis teilzunehmen. Aber auch der saudi-arabische Einfluss hat sich durch die neue Regierung vergrößert.

Die neue Regierung besteht aus 24 Ministern, von denen 13 aus dem Süden stammen. Der Einfluss des Südens hat sich dadurch verringert. Die vorherige Regierung bestand zu 70% aus Vertretern des Südens. Aber die neue Regierung hat auch ihre Tücken. Erstmals in dreißig Jahren werden Minister aus dem Gouvernement Hodeida und der Tehama Region ausgeschlossen, in welcher ein Fünftel der Jemeniten leben. Auch fehlt es an Frauen in der Regierung, die erstmals seit zwanzig Jahren nicht repräsentiert sind.

Doch weiterhin kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den Huthis und der von Saudi-Arabien geführten Koalition. Zudem versuchen die Huthis seit Februar 2021, die nördliche Provinzhauptstadt Marib zu erstürmen. Diese ist strategisch wichtig, da sie die Hauptstadt der Ölreichen nördlichen Region ist.

Humanitäre Situation

24 Millionen Menschen benötigen laut einem aktuellen Bericht der Welthungerhilfe aus dem Jahr 2020, humanitäre Hilfe. Bei einer Bevölkerungsgröße von lediglich ca. 30 Millionen Menschen betrifft diese Krise damit 75% der Bevölkerung direkt. Im Jahr 2020 hatten mehr als 20 Millionen Menschen keinen sicheren Zugang zu Nahrung. Darüber hinaus fehlt es, Stand 2020, 14,5 Millionen Menschen an Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen, sowie 14,8 Millionen Menschen an Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Zudem gibt es im Jemen derzeit 3,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Um ihr Überleben zu garantieren brauchen 14,4 Millionen Menschen sofortige Unterstützung.

Rund 233.000 Menschen wurden seit Beginn des Krieges getötet, die meisten, 131.000, durch indirekte Folgen der Auseinandersetzungen. Zudem brach im Jahr 2017 die weltweit schlimmste Cholera-Epidemie aus, bei der bis Dezember 2020 ca. zweieinhalb Million Menschen erkrankten und ca. 4000 Menschen starben.

Seit 2020 verschlechtert sich die Lage im Land durch die Coronakrise weiter. Ende Februar 2021 begann im Land die zweite Welle, die ihren Höhepunkt Anfang April erreichte. Laut offiziellen Zahlen lag die Sterblichkeitsrate aufgrund von Covid-19 im März bis Ende April bei circa 20%. Damit hat der Jemen eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Welt. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich aber deutlich höher, da es kaum Testkapazitäten gibt. Auch ist die medizinische Versorgung im Land nicht auf solch eine Pandemie ausgelegt. Den 30 Millionen Menschen, die im Jemen leben, stehen nur 700 Betten in Intensivstationen und 500 Beatmungsgeräte zur Verfügung. Seit Ende Mai wird in dem Land geimpft, aber auch hier gibt es Probleme, da nur wenig Impfstoff zur Verfügung steht.

Generell ist die Gesundheitsversorgung in einem katastrophalen Zustand, sodass die Kranken und Verletzten nicht oder nur unzureichend behandelt werden können.

Wirtschaftliche Situation

Erschwerend zu dieser humanitären Notlage kommt dazu, dass der Jemen in hohem Maße abhängig von Importen ist. 90% der Grundnahrungsmittel aus dem Ausland gelangen über die Häfen durch Saudi-Arabien und gelangen jetzt nur noch in Folge, dass der Preis, sowohl für Nahrungsmittel als auch für Kraftstoff extrem gestiegen ist. So können sich große Teile der Bevölkerung lebensnotwendige Güter nicht mehr leisten und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die es allerdings aufgrund der schwierigen politischen Lage ebenfalls sehr schwer hat, Zugang zur Zivilbevölkerung zu erlangen. Der Preis für Wasser stieg beispielsweise um bis zu 60%. Die Vereinten Nationen fordern deshalb einen dauerhaften und gesicherten Zugang zu lebensnotwendigen Gütern. Ansonsten könne eine weitere Katastrophe nicht verhindert werden.



Fazit

Ob das Riad-Abkommen letztlich erfolgreich sein wird, ist nicht absehbar. Die Lage im Jemen ist weiterhin angespannt, die Kämpfe gehen weiter. Gegensätzliche politische, religiöse, militärische und wirtschaftliche Interessen verschiedener nationaler und internationaler Akteure stellen den längerfristigen Frieden in Frage.

Nach dem Riad-Abkommen laufen die Verhandlungen mit den Huthi-Rebellen nicht, wie sie sollten. Um sie an den Verhandlungstisch zu bekommen, könnte eine Strategie sein, die Zivilgesellschaft stärker mit einzubeziehen.

Auch die UN sind in Folge der Resolution 2216 dazu befähigt, sich intensiver in Friedensgespräche einzubringen. Es bedarf eines neuen Ansatzes in der UN-Arbeitsgruppe. Wie die International Crisis Group (2020) bemerkt, sollte diese nicht nur aus den fünf ständigen Mitgliedsstaaten bestehen. Es ist viel wichtiger, wichtige Akteure in der Region des Jemen zu involvieren, wie den Kuwait, den Oman, Saudi-Arabien und die VAE.

Grundsätzlich bedarf es einer Besserung der Situation auf zwei Ebenen – kurzfristig das Ermöglichen von ausreichend humanitärer Hilfe und eine langfristige politische Lösung. Ein erster Schritt wäre es, unbeschränkt Hilfsgüter ins Land zu lassen und die Blockade der Häfen und Flughäfen durch Saudi-Arabien aufzulösen, sodass wieder Grundnahrungsmittel und wichtige Güter wie Kraftstoff importiert werden können. Zudem braucht der Jemen medizinische Hilfe im Kampf gegen das Coronavirus.

Ein zweiter Schritt muss eine dauerhafte friedliche, politische Lösung des Konfliktes sein. Schlüssel dazu dürfte ein von allen Konfliktparteien akzeptierter Präsident sein, welcher einen Demokratisierungsprozess unter Berücksichtigung aller Interessen in Gang setzt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Machtanspruch sowohl der Huthi als auch der Anti-Huthi-Koalition zurückgestellt, eine konstruktive und demokratische Kompromissfindung ermöglicht und eine weitere Eskalation zu Lasten der Zivilbevölkerung verhindert wird. Die Hoffnung liegt auf der neuen Regierung, dieses zu ermöglichen.

Text: Levin Vogt, Carolin Schwegmann
Erstellt: April 2018, aktualisiert: April 2021

Quellen:

- <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54611/jemen>
- <https://www.nzz.ch/meinung/jemen-hat-frieden-verdient-ld.1365745>
- <https://www.freitag.de/autoren/jakob-reimann-justicenow/des-westen-als-treuer-al-qaida-verbundeter>
- <https://www.liportal.de/jemen/geschichte-staat/>
- <https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-159.html>
- SWP, Saudi-Arabiens Krieg im Jemen, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A51_sbg.pdf
- UN Humanitarian Response Plan 2018 (2018)
- ETH Zürich: Krieg im Jemen: Revolution und saudische Intervention (2015)
- International Crisis Group: Yemen at War (2015)
- <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/gastbeitrag/2019/hintergrundanalyse-jemen-konflikt/>
- <https://www.mei.edu/publications/riyadh-agreement-yemens-new-cabinet-and-what-remains-be-done>
- https://ecfr.eu/publication/war_and_pieces_political_divides_in_southern_yemen/
- <https://www.lifepur.de/inaktiv/oxfam-deutschland-ev/Neue-Kaempfe-und-zweite-Corona-Welle-verschaerfen-humanitaere-Katastrophe-im-Jemen/boxid/840577>
- <https://www.aljazeera.com/news/2021/4/12/yemens-houthi-rebels-claim-strikes-on-saudi-oil-plants>
- <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/international-approach-yemen-war-time-change> (23 October 2020)